

spotlight europe

2013/02 — Februar 2013

Syrien – Vom Aufstand zum Krieg

Christian-P. Hanelt

Nahost-Experte, Bertelsmann Stiftung, christian.hanelt@bertelsmann-stiftung.de

Kristin Helberg

Syrien-Expertin, kristin.helberg@gmx.de

Syrien Anfang 2013: Tote, Verletzte, Flüchtlinge, eine humanitäre Katastrophe. Präsident Assad zerstört sein Land, führt Krieg gegen sein eigenes Volk. Russland und Iran stützen das Regime. Der Westen will einen Machtwechsel, ohne militärisch einzugreifen. Die politische Opposition tritt geschlossener auf, ist aber überfordert. Unübersichtlich ist der militärische Widerstand - zum Teil von Jihadisten dominiert.

spotlight europe # 2013/02

Die Rebellen werden von Saudi Arabien, Qatar und der Türkei unterstützt. Das Morden geht weiter. Syriens Bevölkerung verroht, verarmt und zerfällt - und braucht dringend Hilfe. Eine Verhandlungslösung scheint unrealistisch, da die Opposition auf einen politischen Übergang ohne Assad besteht und dieser zur Machtübergabe nicht bereit ist. Umso dringender sind Handlungsempfehlungen, die einen Weg aus dem inzwischen internationalisierten Konflikt aufzeigen.

Syrien: Land, Regime, Gesellschaft

„Suriyya al-Assad“ - „Assads Syrien“, mit dieser plakativen Formel lässt das syrische Regime keinen Zweifel daran, wem das Land gehört:

dem Assad-Clan und nicht dem 23 Millionen-Volk. Seit einem Militärputsch 1970 herrschen die Assads in Syrien, indem sie ihre Macht auf drei Stützen bauen: das Militär, die Geheimdienste und die ursprünglich sozialistisch inspirierte arabisch-nationalistische Baath-Partei. Dabei nutzt das Regime die fragile konfessionelle und ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung zu seinem Machterhalt.

Denn anders als in den relativ homogenen Gesellschaften Nordafrikas leben in Syrien 18 verschiedene Religionen und Ethnien zusammen. 70% Sunniten, 12% Alawiten, 12% Christen und 2% Drusen. Ethnisch gesehen stellen Araber die Mehrheit, zweitgrößte Volksgruppe sind die Kurden. Daneben gibt es armenische, tscherkessische, turkmenische, aramäische, assyrische und palästinensische Minderheiten.

Alawiten siedeln überwiegend an der Küste, Drusen im Süden und Kurden im Nordosten entlang der Grenzen zur Türkei und zum Irak. Ansonsten leben die Volks- und Religionsgruppen sehr durchmischt. Die sensible Struktur mit Sunniten in der Mehrheit, aber zumeist Alawiten an den Schaltstellen der Macht birgt das Risiko, dass Konflikte ethnisch-konfessionell aufgeheizt werden. Den Alawiten, zu denen die Familie Assad selbst gehört, nahm das Regime im Laufe der Jahre ihre Identität als Konfession und machte sie zu Helfershelfern einer Diktatur. Die sunnitische Geschäftselite in Damaskus und Aleppo hat das Regime mit Korruption und Klientelismus wirtschaftlich an sich gebunden. Gleiches gilt für christliche Unternehmer.

Politische Führungspositionen sind mit Vertretern aller Konfessionen besetzt. Auf diese Weise fühlt sich keine Religionsgemeinschaft ausgeschlossen, auch wenn das Land in Wahrheit vom engsten Machtzirkel um den Präsidenten regiert wird, zu dem vor allem Familienmitglieder und langjährige Getreue Zugang haben. Wer offen Kritik übt, wird verfolgt, inhaftiert und misshandelt – egal welcher Ethnie und Religion er angehört. Unter Syriens Dissidenten finden sich prominente Alawiten, Christen und Drusen sowie Kurden. Das Assad-Regime hat die Minderheiten folglich nicht beschützt, sondern benutzt. Und zwar so geschickt, dass im andauernden Konflikt die Alawiten die Rache der Sunniten fürchten, die Christen Angst vor Islamisten haben und die syrischen Kurden wie ihre irakischen Landsleute zunehmend nach Autonomie streben.

Die Revolution: Vom friedlichen Aufstand zum offenen Krieg

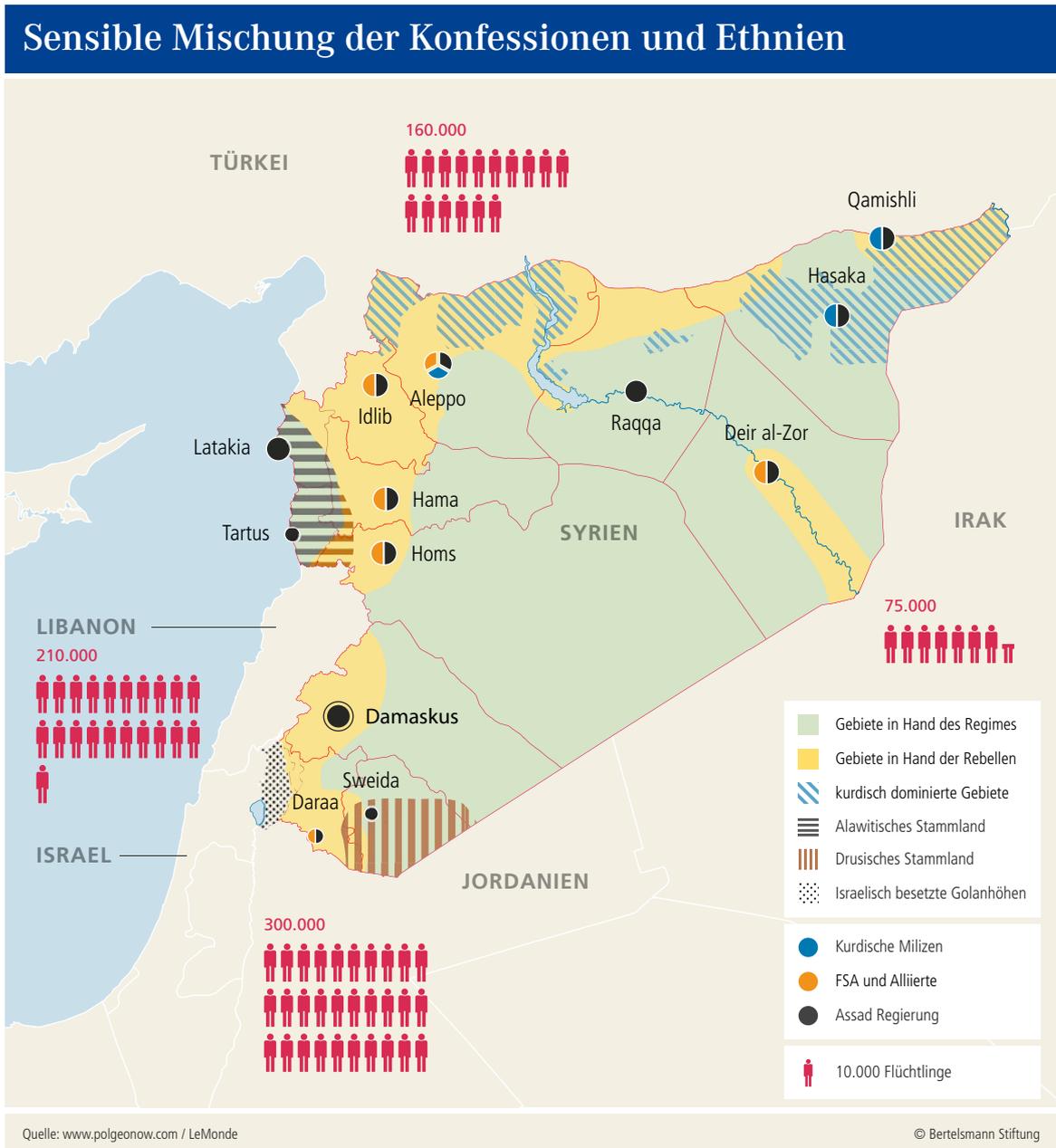
Im Gegensatz zu den Aufständen in Ägypten, Libyen und Jemen begann die syrische Revolution im März 2011 in der Provinz. Grund: Die Landbevölkerung wurde in Folge der wirtschaftlichen Liberalisierung gegenüber den Handelsmetropolen Damaskus und Aleppo vernachlässigt. Bei ihr vermischten sich die jahrzehntelange Unterdrückung und geheimdienstliche Willkür noch mit genereller Perspektivlosigkeit, einem tief empfundenen Gefühl

der sozialen Ungerechtigkeit und einem Hass auf die korrupten Eliten. Die Demonstranten forderten Präsident Assad auf, spürbare sozio-ökonomische Reformen und eine politische Öffnung durchzusetzen.

Doch statt sich an die Spitze einer solchen Massenbewegung zu stellen, ließ Assad die Proteste von Anfang an mit militärischer Gewalt niederschlagen. Damit provozierte er eine landesweite Solidarisierung mit den Opfern und die Ausbreitung der Revolution. Die Strategie, jede Form von Widerstand lokal zu bekämpfen und einen Zusammenschluss von Protesten bis in die Hauptstadt um jeden Preis zu verhindern, führte dazu, dass Aktivisten sich in örtlichen Komitees organisierten und lokale Selbstverwaltung aufbauten. So entwickelte sich in Syrien eine föderale Graswurzelbewegung, die das Land zu einem Flickenteppich aus Protesthochburgen machte. Diese bekämpfte das Regime mit schweren Waffen und Shabiha-Milizen („Geister“), alawitischen Söldnertruppen, die mit großer Brutalität Zivilisten verletzen, vertreiben und töten. Das Bedürfnis nach Schutz wuchs und damit die Bereitschaft zum bewaffneten Widerstand.

Deserteure der regulären Streitkräfte, die sich weigerten, auf ihr Volk zu schießen, gründeten im Juni 2011 die Freie Syrische Armee (FSA), der sich immer mehr Freiwillige anschlossen: Landarbeiter, Handwerker, Lehrer, Arbeitslose, Studenten. Ihre Forderungen nach ausländischer Hilfe verhallten weitgehend ungehört. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen war blockiert, westliche Staaten argumentierten, die politische Opposition sei zu vielstimmig und der bewaffnete Widerstand zu undurchsichtig, als dass man sie konkret unterstützen wolle. Die FSA setzte daraufhin auf Selbstbewaffnung mit Hilfe aus Saudi-Arabien, Qatar und der Türkei.

Die Bombardierung von Wohngebieten, grausame Massaker an Zivilisten und die Not und Verzweiflung der Menschen bereiteten den Boden für radikales Gedankengut. Dieses sickerte im Laufe des Jahres 2012 nach Syrien ein, denn der ungleiche Kampf lockte zunehmend international operierende Jihadisten an. Diese erfahrenen, effektiv organisierten und gut vernetz-



ten Extremisten sprangen dort ein, wo Syrer für Freiheit, Demokratie und den Sturz des Regimes auf verlorenem Posten kämpften. Sie stammen zum Teil aus dem Ausland, scharen aber mehrheitlich syrische Kämpfer um sich. Obwohl ihre Zahl noch immer beschränkt ist, erzielten sie die größten militärischen Erfolge gegen das Regime.

Die bekanntesten Gruppen sind „al-Nusra Front“, die in engem Kontakt zu al-Qaida im Irak stehen soll und von den USA bereits auf ihre Terrorliste gesetzt wurde und die salafistisch inspirierte „Ahrar al-Sham“. Beide kämpfen außerhalb der Kommandostrukturen der FSA,

beteiligen sich aber an gemeinsamen Militäroperationen. Die Führung der FSA steht vor einem Dilemma: Sie kann auf die Professionalität der Jihadisten im Kampf gegen das Regime nicht verzichten, darf sich aber ideologisch nicht von ihnen vereinnahmen lassen.

Eine Gratwanderung, denn die radikal-islamischen Ansichten wirken zwar auf die meisten Syrer abschreckend, helfen aber bei der Mobilisierung der Kämpfer gegen einen übermächtigen Feind.

Mit der langsam aber stetig wachsenden Zahl von Deserteuren und Überläufern – darunter hochrangige Militärs, Diplomaten und Politiker – kämpft ein immer kleinerer Kreis an der Regimespitze um 's Überleben: Präsident Bashar al-Assad als politisch Verantwortlicher, sein jüngerer Bruder Maher in der militärischen Führung, Cousin Rami Makhlof mit seiner Wirtschaftskraft und dessen Bruder Hafiz Makhlof als Geheimdienst-Chef.

So wünschenswert eine politische Lösung des Konfliktes für ein Ende der Gewalt und einen politischen Neubeginn in Syrien wäre – sie erscheint unrealistisch.

Sämtliche Oppositionsgruppen – auch gemäßigte Regimekritiker in Damaskus – lehnen eine Zukunft mit Bashar al-Assad ab. Sie sind allenfalls bereit, mit Vertretern des Regimes über eine geordnete Machtübergabe zu verhandeln. Die im November 2012 gegründete Nationale Koalition der syrischen Revolutions- und Oppositionskräfte fordert inzwischen direkte Gespräche mit Syriens Vize-Präsidenten. Statt Assads Rücktritt zur Vorbedingung für Verhandlungen zu machen, ist dieser nun das Ziel einer politischen Lösung. Assad selbst schließt eine Machtübergabe jedoch kategorisch aus, es gibt folglich fast keine Grundlage für Gespräche. Beide Konfliktparteien – Regime wie Rebellen – sind noch überzeugt, den Krieg gewinnen zu können und deshalb entschlossen, diesen bis zum Ende zu führen.

Um für eine militärische Entscheidung vorbereitet zu sein, bemüht sich die Nationale Koalition um den Aufbau alternativer Regierungsstrukturen. Als bislang breitetes Oppositionsbündnis genießt sie aufgrund ihrer Führungsspitze auch im Land Glaubwürdigkeit. Allerdings mangelt es an politischer Erfahrung und Organisationsfähigkeit.

Das Ausland: Regionale und internationale Interessen

In Syrien kreuzen sich nahezu alle strategischen Konfliktlinien des Nahen Ostens. Wie die Grafik auf Seite 5 veranschaulicht, liegt

Damaskus im Zentrum eines komplizierten regionalen Macht- und Interessengefüges, das auf internationaler Ebene selbst den Kalten Krieg wieder aufflammen lässt. Im Weltsicherheitsrat stehen Russland und China konsequent auf Seiten des Assad-Regimes, während die westlichen Mitglieder Syriens Opposition unterstützen.

Russland will verhindern, dass sich das Libyen-Szenario wiederholt. Dort führte ein UN-Sicherheitsratsbeschluss auf Grundlage der völkerrechtlich umstrittenen Schutzverantwortung (responsibility to protect) zu einem vom Ausland militärisch herbeigeführten Regimewechsel. Syrien soll kein weiterer Präzedenzfall werden.

Die USA und Europa glauben, nur ein Sturz Assads könne Syrien Frieden und Demokratie bringen. Außerdem würde ein Machtwechsel in Damaskus den Iran aus der Levante zurückdrängen und im Atomstreit schwächen. Einen militärischen Alleingang ohne UN-Mandat will der Westen allerdings nicht riskieren. Man fürchtet wie in Israel ein Erstarken islamistischer Kräfte und im schlimmsten Fall das Entstehen eines Rückzugraumes für internationale Terrorgruppen. Große Sorge gilt in diesem Zusammenhang auch Assads Chemiewaffen.

Auf regionaler Ebene kämpfen Iran und Saudi-Arabien (gestärkt von Qatar und der Türkei) um Einfluss. Militärisch, logistisch und finanziell steht Teheran dem Assad-Regime bei, Doha, Riad und Ankara unterstützen vor allem die unterschiedlichen sunnitischen Rebellengruppen. Das heißt zusätzlich die schiitisch-sunnitischen Spannungen von Libanon über Syrien und Irak bis Bahrain an. Außerdem rückt die Kurdenfrage regional wieder in den Vordergrund, was insbesondere Ankara besorgt. Die Nachbarländer Syriens werden zudem durch Hunderttausende syrische Flüchtlinge belastet und destabilisiert – besonders der Libanon und Jordanien.

Die regionale Initiative von Kairo neuem Präsidenten Mohammed Mursi, durch Gespräche zwischen Ägypten, Iran, Saudi-Arabien und der Türkei eine Verhandlungslösung für Syrien zu finden, liegt auf Eis. Kernproblem ist



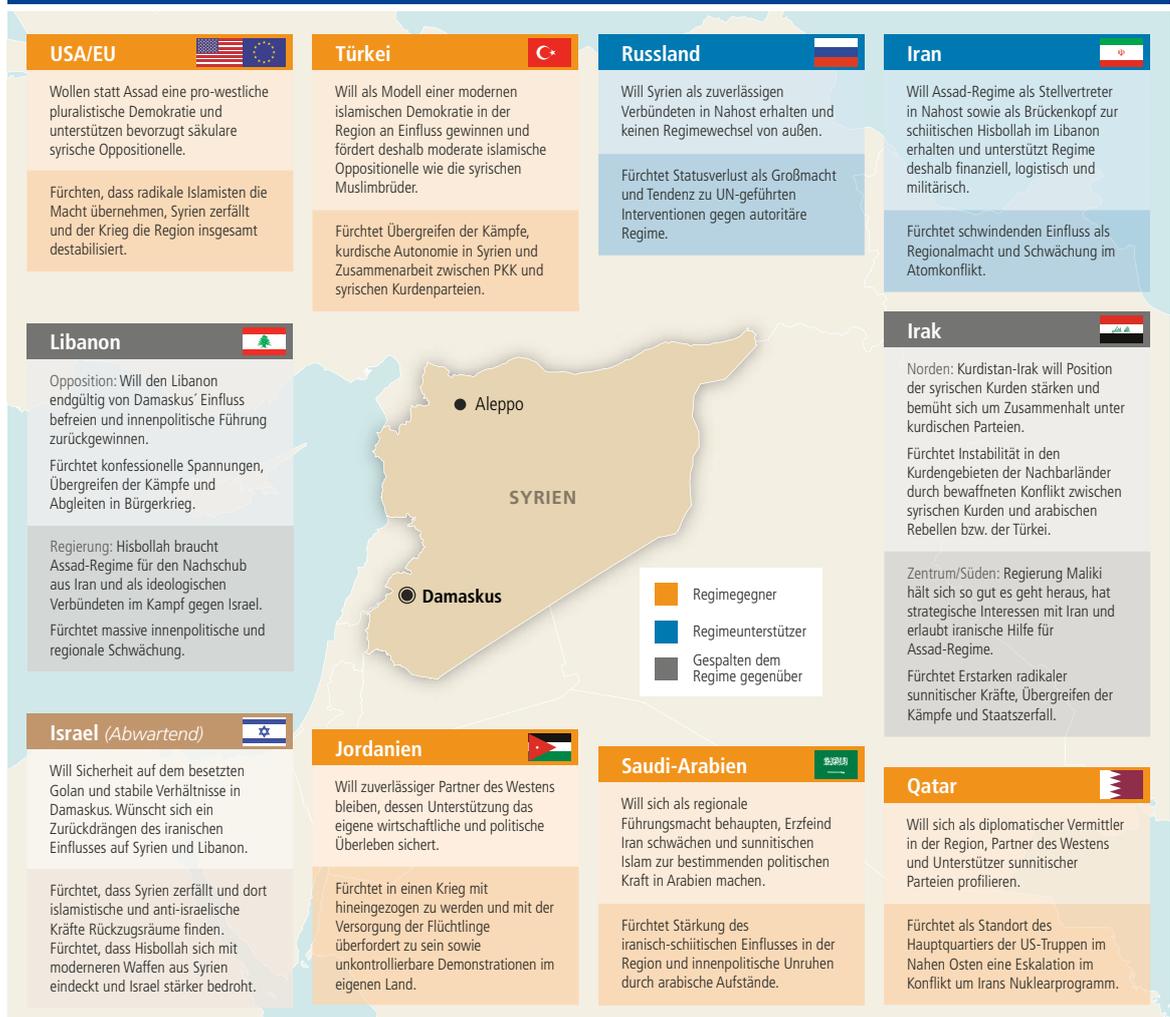
bei allen politischen Ansätzen die umstrittene Rolle Assads bei einem Übergang. Die Treffen Russlands und Irans mit der Nationalen Koalition Anfang Februar 2013 in München könnten jedoch Bewegung in die verfahrenere Lage bringen und die Bemühungen des Sondergesandten von UN und Arabischer Liga Lakhdar Brahimi neu beleben.

Die Zurückhaltung des Westens und der Arabischen Liga sowie die Blockade der UN lassen dem syrischen Regime bislang freie Hand bei der Unterdrückung seiner Gegner. Das syrische Volk fühlt sich dadurch der brutalen Gewalt seiner Machthaber schutzlos ausgeliefert und hat jedes Vertrauen in die internationale Gemeinschaft verloren.

Gefahren und Handlungsempfehlungen

Für die Zukunft Syriens, ob mit oder ohne Regimesturz, erwachsen vier große Gefahren: 1. Eine humanitäre Katastrophe und die nachhaltige Zerstörung Syriens, 2. die Verrohung und Militarisierung der Gesellschaft, die zu Racheaktionen und Massakern führen könnten, 3. eine zerstrittene oder schlecht organisierte Opposition, deren Führungsschwäche einen geregelten politischen Übergang verhindert und einen Staatszerfall begünstigt, 4. der wachsende Einfluss radikaler islamistischer Kräfte. Angesichts dieser Gefahren muss das Ausland der syrischen Bevölkerung helfen. Die Unterstützung sollte multilateral erfolgen, von der

Pro und Contra Assad – die Weltlage



Quelle: Bertelsmann Stiftung

© Bertelsmann Stiftung

Nationalen Koalition koordiniert werden und baldmöglichst in Abstimmung mit einem legitimen Gremium innerhalb des Landes erfolgen.

1. Humanitäre Hilfe, Wiederaufbau, Perspektiven.

Die praktische Hilfe für die inzwischen etwa drei Millionen Flüchtlinge (davon 2,3 Mio. im Land und 700.000 in den Nachbarländern) muss deutlich ausgeweitet werden. Um die notleidende Bevölkerung innerhalb Syriens zu erreichen, bedarf es kreativer und unbürokratischer Lösungen. Im Zentrum der Unterstützung sollten die befreiten Gebiete stehen, da viele Syrer dorthin geflohen sind, staatliche Dienstleistungen dort nicht mehr funktionieren und Oppositionelle mit der Versorgung der Bevölkerung überfordert sind. Außerdem könnten diese Regionen dem Rest des Landes als Beispiel dafür dienen, dass auf Assad nicht das Chaos, sondern eine stabile und bessere Ordnung folgt.

Die Infrastruktur, die das Regime im Zuge seiner Strategie der verbrannten Erde zerstört hat, muss zügig wiederaufgebaut werden, vor allem Krankenhäuser und Schulen. Eine große Herausforderung sind die soziale Versorgung und Behandlung von Kriegsversehrten, Traumapatienten, Witwen und Waisen.

So lange es in den von Rebellen kontrollierten Gebieten keine international anerkannten staatlichen Strukturen gibt, die sich für bilaterale Projekte eignen, sollten Geberländer mit Nichtregierungsorganisationen zusammenarbeiten, die sich bereits in Syrien engagieren und die Lage vor Ort einschätzen können (Ärzte ohne Grenzen, Grünhelme e.V. und syrische Hilfsvereine im Exil etc.).

Außerdem sollten neu entstandene Strukturen der zivilen Selbstverwaltung unterstützt und anerkannt werden. Die vielerorts gegründeten lokalen Komitees, in denen Aktivisten, Deserteure und freiwillige Kämpfer zusammenarbeiten, wissen, was der Bevölkerung fehlt und haben im Laufe des Konflikts beachtliche logistische Fähigkeiten entwickelt. Eine funktionierende öffentliche Ordnung, spürbar bessere Lebensbedingungen und berufliche Perspektiven für die Nachkriegszeit entziehen radikal-islamischem Gedankengut

den Nährboden und werden entscheidend zur Befriedung des Landes beitragen. In diese Richtung soll auch das von den „Freunden Syriens“ ins Leben gerufene und von Deutschland und den Vereinigten Arabischen Emiraten getragene wirtschaftliche Wiederaufbaubüro in Berlin wirken. Das multilaterale Projekt muss dringend politisch dynamisiert und personell aufgestockt werden.

2. Ende der Kämpfe, zentrale Militärführung, keine UN-Truppen.

Möglichst schnell sollte die FSA mit Hilfe der Nationalen Koalition zentrale Kommandostrukturen aufbauen, aus denen im Falle eines Regimesturzes eine neue Militärführung und ein Verteidigungsministerium hervorgehen könnten. Nur wenn der Hohe Militärrat, ein Zusammenschluss verschiedener Brigaden, die zur Zusammenarbeit mit der Nationalen Koalition bereit sind, mehr Geld und bessere Waffen erhält, kann er sich jihadistischen Gruppen gegenüber behaupten und weitere Rebelleneinheiten an sich binden. Ziel muss es sein, den bewaffneten Widerstand schrittweise einer politischen Kontrolle zu unterstellen, damit ein Ende des Assad-Regimes auch das Ende der Kämpfe bedeutet.

Nach dem Sturz des Regimes eine internationale Schutztruppe zu entsenden, wird dagegen Abwehrreaktionen provozieren. Aus syrischer Sicht ist es inakzeptabel, zwei Jahre der Gewalt des Regimes gegen die Zivilbevölkerung zuzusehen, die Syrer ihre Diktatur aus eigener Kraft stürzen zu lassen und dann UN-Blauhelme zur „Stabilisierung“ bzw. zum „Schutz von Minderheiten“ zu schicken. Stattdessen sollte Syriens neue Militärführung die notwendige Unterstützung erhalten, um das staatliche Gewaltmonopol wiederherzustellen, die Gesellschaft zu entwaffnen, das Land zu stabilisieren und Sicherheit für alle seine Bewohner zu garantieren. Für die Umstrukturierung und Neuausrichtung der Polizeikräfte könnte die EU Trainingsmaßnahmen anbieten.

3. Übergangsjustiz, Versöhnung, Signale an Minderheiten.

Um den Weg für gesellschaftliche Versöhnung und ein zukünftiges Zusammenleben aller Konfessionen zu ebnen, bedarf es einerseits der schnellen Verurteilung und schweren

Bestrafung der Hauptverantwortlichen für staatliche Gewalt und andererseits einer Amnestie für die Mehrheit der Assad-Anhänger. Im Umgang mit den Mitgliedern der Sicherheitskräfte muss zwischen Anführern und Mitläufern unterschieden werden. Je früher die Opposition Pläne für eine Übergangsjustiz vorlegt desto besser. Ein gesetzlicher Rahmen muss den Minderheiten, insbesondere den Alawiten, garantieren, dass der Kampf gegen das Assad-Regime kein Vernichtungsfeldzug gegen Alawiten oder Andersgläubige ist und dass diese auch in einem zukünftigen Syrien ihren Platz haben werden.

Zum jetzigen Zeitpunkt könnte ein solcher Plan die Rechtsprechung in den befreiten Gebieten vereinheitlichen, die schweigende Masse der Syrer davon überzeugen, dass es der Opposition mit dem Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen ernst ist und Mitglieder des Regimes zum Überlaufen motivieren.

4. Provisorische Regierung, Erhalt staatlicher Strukturen, Reform der Institutionen.

Die Nationale Koalition sollte mit der Bildung einer provisorischen Regierung beginnen. Nur so kann sie schrittweise die Verwaltung in den befreiten Gebieten übernehmen, Vertrauen in oppositionelle Institutionen aufbauen, zum glaubwürdigen Ansprechpartner internationaler Geberländer werden und damit die entscheidende Frage beantworten, was nach Assads Sturz kommt.

Da eine funktionierende Bürokratie für die Übergangsphase grundlegend ist, muss ein Zusammenbruch staatlicher Strukturen verhindert werden. Millionen Syrer leben von Beamten-Gehältern und sind von öffentlichen Dienstleistungen abhängig. Nur eine gut vorbereitete Opposition kann garantieren, dass Institutionen sich im Moment eines Machtvakuum nicht auflösen, sondern weiter arbeiten und sozialverträglich reformiert werden. Dabei gilt es, zwischen Regierung und Herrscherclique zu unterscheiden.

Eine solche provisorische Regierung könnte als Vorstufe zu einer Übergangsregierung der nationalen Einheit dienen. Diese sollte sich aus glaubwürdigen Vertretern der Revolution

und der Opposition, gesellschaftlichen Integrationsfiguren und führenden Repräsentanten des Regimes, die nachweislich nicht an Gewaltverbrechen beteiligt waren, zusammensetzen. Bei ihrer Auswahl sollte nicht die religiöse Repräsentanz im Vordergrund stehen, sondern persönliche Integrität und zivilgesellschaftliche Verankerung. Ein konfessionelles Proporzsystem wie im Libanon gilt es in Syrien zu verhindern.

Die Zeit drängt: Die Empfehlungen sollten umgehend und gleichzeitig umgesetzt werden. Denn je länger der Konflikt andauert desto unwahrscheinlicher werden ein geordneter Übergang und eine Befriedung des Landes und desto größer ist das Risiko, dass Syrien in dauerhaftem Krieg versinkt und die Region insgesamt weiter destabilisiert. Schon jetzt greift die israelische Luftwaffe ein, um Hisbollah daran zu hindern, sich mit Waffen aus syrischen Beständen einzudecken.

Um den politischen Wechsel zu beschleunigen, muss der militärische und diplomatische Druck auf Assads unmittelbaren Machtzirkel steigen, die Nationale Koalition gestärkt werden und internationalen Unterstützern, vor allem Russland, verdeutlicht werden, dass eine von Syrern gestaltete Übergangslösung ohne Assad im Interesse aller ist. Diese Grundsatzentscheidung sollte schnell in direkten russisch-amerikanischen Gesprächen fallen. ■

Literatur

Syria Comment, *The Alawi Dilemma – Revisted*. 22.06.2011.
<http://www.joshualandis.com/blog/?p=10437>

Tim Arango, *Anne Barnard and Hwaida Saad: Syrian Rebels Tied to Al Qaeda Play Key Role in War*.
 In: New York Times, 08.12.2012.
http://www.nytimes.com/2012/12/09/world/middleeast/syrian-rebels-tied-to-al-qaeda-play-key-role-in-war.html?pagewanted=all&_r=0

Doctors Without Borders: *Syria: A War Against Health Workers and Services*. 09.01.2013.
<http://www.doctorswithoutborders.org/news/article.cfm?id=6536&cat=field-news>

Rupert Neudeck, *Vorsitzender der Grünhelme e.V.: In Syrien geht es ans Eingemachte*.
 In: Deutschlandfunk, 08.01.2013.
http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/1971219/

Christoph Reuter: *A Two-Year Travelogue from Hell*. In: Der Spiegel, 4.1.2013.
<http://www.spiegel.de/international/world/shift-in-balance-of-power-for-rebels-in-wartorn-syria-a-875423-3.html>

Volker Perthes: *Wege aus dem syrischen Krieg*. In: TAZ, 12.12.2012.
<http://goo.gl/AHVzx>

David Ignatius: *A Syrian way out oft he civil war*. In: Washington Post, 5.1.2013.
<http://goo.gl/slsAA>

Frederic C. Hof: *Forming A Syrian Opposition Government: The Time is Now*. In: Atlantic Council Viewpoint
 08.01.2013. <http://www.acus.org/viewpoint/forming-syrian-opposition-government-time-now>

The Day After. Supporting a Democratic Transition in Syria.
http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/comments/2012C28_TDA.pdf

Abschlussklärung des vierten Treffens der Gruppe der Freunde des syrischen Volkes. 12.12.2012, Marrakesch.
<http://goo.gl/zrXsl>

Kristin Helberg: *Brennpunkt Syrien. Einblick in ein verschlossenes Land*. Herder 2012.
http://www.herder.de/buecher/details?k_tnr=6544

Wieland, Carsten: *Syria - A Decade of Lost Chances: repression and revolution from Damascus spring to Arab spring*. Seattle: Cune, 2012. ISBN 978-1-614-57002-8 / 1-614-57002-7

V.i.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung
 Carl Bertelsmann Straße 256
 D-33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Isabell Hoffmann
isabell.hoffmann@bertelsmann-stiftung.de
 Telefon +49 5241 81 81313

Joachim Fritz-Vannahme
joachim.vannahme@bertelsmann-stiftung.de
 Telefon +49 5241 81 81421

Zuletzt erschienen:

spotlight europe # 2013/01
 Vive l'Europe! Vive l'Union!
 Joachim Fritz-Vannahme

spotlight europe # 2012/07
 Die Union gegen die Banken
 Stefani Weiss & Isabell Hoffmann

spotlight europe # 2012/06
 Der Wert Europas
 Joachim Fritz-Vannahme

**Alle Ausgaben des „spotlight europe“
 stehen im Internet als Download bereit:
www.bertelsmann-stiftung.de/spotlight**